



Ampel- Benzinpreis 2,30 €

setzt sich zusammen aus:

19% Mwst.	= 0,44 €
Energiesteuer	= 0,65 €
CO2-Abgabe	= 0,09 €
Beitrag für die Ölreserve an den Erdölbevorratungsverband	= 0,0036 €
Produktpreis	= 1,12 €

Unser Benzinpreis 1,33 €

setzt sich zusammen aus:

19% Mwst.	= 0,21 €
Energiesteuer	= 0,65 €
CO2-Abgabe	= 0,09 €
Beitrag für die Ölreserve an den Erdölbevorratungsverband	= 0,0036 €
Produktpreis	= 1,12 €

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist davon überzeugt, dass die klimapolitischen Maßnahmen der Regierung zu sozialen Verwerfungen führen, ergab jetzt eine Allensbach-Umfrage. Man opfert sich selbst, das eigene Leben und Material, während der Nutzen des Ganzen fragwürdig bleibt: Deutschland verfehlt selbst ein Jahr später noch das für 2020 gesetzte Ziel von 40 Prozent weniger Treibhausgas-Ausstoß im Vergleich zu 1990, hieß es Anfang März aus Berlin.

Prompt rechnet fast jeder zweite Befragte aufgrund der Klimapolitik auch mit persönlichen Nachteilen. Das führt zu Verunsicherung in der Bevölkerung. Die erfährt von Seiten der Regierung indes auch keine Beruhigung, lautet die Antwort von Bundesfinanzminister Lindner auf die Frage nach Steuersenkungen doch laut und deutlich „Nein“. Eine schallende Ohrfeige für jeden rechtschaffenen Bürger. So eine Regierung hat unser Land nicht verdient.

Stattdessen gilt, dringend und unbürokratisch Menschen mit eher niedrigen Einkommen wie Leistungsempfänger und Rentner, aber auch ganz durchschnittlichen Einkommen zu unterstützen: Denn die drohen gerade in die Knie zu gehen angesichts der stark steigenden Kosten. Für eine vierköpfige Familie sind allein durch Strom und Gas ungefähr 2000 Euro jährlich an zusätzlichen Kosten zu erwarten. Das müssen wir verhindern!

Der Staat schwimmt gerade im Geld, verspricht Milliarden für die Bundeswehr und den Klimaschutz – und hat doch einen Horror davor, auf seine Bevölkerung zuzugehen und Lösungen für ihre Lebensprobleme zu bieten. Stattdessen maßt sich ein Ex-Bundespräsident mit sechsstelligem Ruhegehalt an, unter dem Motto „Frieren für die Freiheit“ zur Reduktion aller Energieverbräuche aufzurufen. Mehr Arroganz war selten. Diese Regierung hat den Kontakt zur arbeitenden Bevölkerung längst verloren.

Impressum: V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Hartung, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart. Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Weitergabe ausdrücklich erwünscht. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Redaktionsschluss 03/2022 Die Redaktion erreichen Sie unter presse@afd.landtag-bw.de



FRAKTION
BW

AfD

www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW



BWJournal

AUSGABE 9

Energiepreise explodieren



Jetzt!

Steuern auf Energie senken!

Die AfD-Fraktion Baden-Württemberg kämpft für die Entlastung der Bürger im aktuellen Energiepreis-Irrsinn! Wir haben die Landesregierung aufgefordert, dazu im Bundesrat aktiv zu werden.

- ▶ die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas muss ausgesetzt werden, bis die Bezugspreise für Rohöl und Erdgas wieder auf das Niveau vor der Ukraine-Krise gesunken sind (Stichtag 1.1.2022)
- ▶ die CO2-Steuer auf Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas muss zeitnah ersatzlos abgeschafft werden
- ▶ die seit der Einführung der CO2-Steuer eingenommenen Beträge müssen schnellstens zu 100% an die Bürger zurückerstattet werden

Seit 2021 erhebt die Bundesregierung eine so genannte CO2-Steuer, die jährlich automatisch

erhöht wird und seit 1. Januar 30€/t beträgt. Weitere automatische Steigerungen sind bereits beschlossen. Dadurch erhöhen sich die Preise für Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas. In Folge des Ukraine-Konflikts sind die Rohölpreise massiv in die Höhe geschossen. Durch die erhöhte Mehrwertsteuer in Höhe von 19% verdient die Staatskasse mit steigenden Kraftstoff- und Heizmittelpreisen an der Krise.

Diese Energieträger sind durch die Energiesteuer bereits besonders stark besteuert – obwohl sie der Daseinsfürsorge dienen: Sei es, um zu heizen, sei es, um täglich zur Arbeit zu kommen. Besonders die Landbevölkerung ist hier überproportional betroffen. Um die Bevölkerung, vor allem aber auch die arbeitende Mittelschicht zu entlasten, müssen Kretschmann & Co. endlich handeln!



Bürgergeld und Tankrabatt ungeeignet



Finanzminister Bayaz und Verkehrsminister Hermann (Grüne) schlugen ein sozial gestaffeltes Energie- oder Bürgergeld vor – ein Griff in die sozialistische Mottenkiste und überdies nicht mehr als ein Almosen. Wenn man einen Betrag bezahlt, von dem man dann wieder etwas zurückerhält – warum muss man dann überhaupt erst so viel bezahlen? Das ist populistischer Aktionismus, der überdies den Aufbau einer Bürokratie erfordert. Ähnliches trifft auf den Vorschlag von Finanzminister Lindner (FDP) nach einem Tankrabatt zu: Die massive Preisspirale an der Zapfsäule ist nicht mit kosmetischen Korrekturen zu stoppen, die überdies den Tankstellen den schwarzen Peter zuschieben.

Wenn Tankstellen-Betreiber rabattierte Quittungen später bei den Finanzbehörden einreichen müssen, bedeutet das nicht nur einen ungeheuren Aufwand. Das bedeutet auch, dass freie Tankstellenbetreiber und mittelständische Mineralölhändler mit eigenem Tankstellennetz die mit dem Konzept verbundene Vorfinanzierung leisten müssen. Hinzu kommt, dass völlig unklar ist, wie

die Finanzämter die Quittungsprüfung bewerkstelligen sollen. Auch höhere Freibeträge oder Pendlerpauschalen sind nicht zielführend. Es ist wie mit dem Bürgergeld: Wieso vermindert der Staat nicht über eine Senkung von Mehrwert- und Energiesteuer und ein Aussetzen der CO2-Steuer auf direktem Weg die Belastung, statt weiterhin die vollen Steuern einzunehmen und dann den Rabatt an die Tankstellenbetreiber zurückzuzahlen? Denn der Benzinpreis wird nur mittelbar von der Ukraine-Krise beeinflusst – „Wir sind bereit, einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen“, kündigte Außenministerin Baerbock (Grüne) an: Sanktionen und Importdrosselung um jeden Preis, muss man den Satz übersetzen. Selbst ein Energieriese wie RWE sprach sich gegen einen Stopp russischer Energielieferungen aus. Das hätte nicht nur ungeahnte Folgen für die Wärmeversorgung der Haushalte, sondern dürfte auch die Produktionsanlagen der Industrie und des Mittelstandes nachhaltig schädigen. Dabei auch noch am deutschen Sonderweg des Kohle- und Kernenergieausbaus festzuhalten, schadet gleich doppelt.

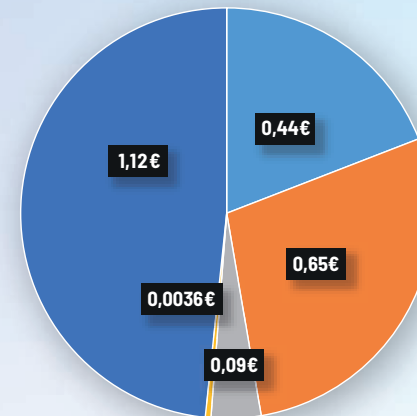
Russland ist einer der größten Erdöl- und Erdgasförderer der Welt – aber in Baden-Württemberg ist Syrien der Hauptlieferant. Ein Krieg in der Ukraine kann zu Lieferausfällen führen – doch bis jetzt gibt es keine. Stattdessen handelt es sich um einen geopolitischen Risikoaufschlag bestimmter Spekulanten. Dazu kommen andere Spekulanten, die sich gegen das Risikoszenario absichern – auch beispielsweise gegen eine weiterhin hohe Inflation.

Vier Steuer- und Abgabearten



Benzinpreis 2,30 €

Zusammensetzung



- Mehrwertsteuer
- Energiesteuer
- CO2-Abgabe
- Beitrag für die Ölreserve an den Erdölbevorratungsverband
- Produktpreis

Russland ist außerdem Mitglied der Opec Plus, das heißt, das Land stimmt sich mit den arabischen Ölförderstaaten ab. Bisher hält diese Allianz. Die anderen Opec-Staaten springen nicht ein und erhöhen ihre Liefermenge, weil Russland sanktionsbedingt ausfällt. Was diese Einigkeit bewirkt, kann jeder ablesen, der zur Tankstelle fährt. Der Produktpreis aber beträgt gerade ein Drittel des eigentlichen Literpreises. Über zwei Drittel des Literpreises gehen stattdessen für **vier Steuer- und Abgabearten** drauf:

- ▶ 19 % Mehrwertsteuer **44 Cent**
- ▶ Energiesteuer **65 Cent**
- ▶ CO2-Abgabe **9 Cent**
- ▶ Beitrag für die Ölreserve an den Erdölbevorratungsverband **0,36 Cent**

Damit ist der Anteil an der Weltrettungsideologie der Ampel – und etwas Anderes ist der Kampf gegen den CO2-Ausstoß und den „Klimawandel“ nicht – viel höher als der Anteil für den eigentlichen Treibstoff. Das ist ein Unding! Bei einer Regierungsbeteiligung der AfD, die ohne CO2-Abgabe und Energiesteuer auskommt, würde die Ersparnis fast die Hälfte des Literpreises betragen.